



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Ich kann es nicht begreifen. Da läßt der Herr Doktor Roland seine Kinder hier bei Leuten spielen, an denen wirklich nichts ist. Und noch dazu in einem kleinen engen Zimmer, und in dieser schönen Sommerzeit. Und die Masern sind aus dem Hause noch niemals weg gewesen.

Ich holte also Minchen und Stinchen Roland aus einem kleinen, sehr überriechenden Hause, in dem sie in einem kleinen dumpfigen Loch auf der Erde saßen und mit einem im Bette liegenden Kinde spielten. Minchen sah mich schief an, als ich plötzlich erschien; aber sie wagte doch keinen Widerstand, und ich brachte sie alle drei auf die Straße und ermahnte sie, sich gleich bei ihrem Vater zu melden.

Papa hat doch keine Zeit, sagte Minchen trotzig. Der hat nie Zeit für uns; Mama sagt es auch.

Geht heute nur zu ihm und sagt von Tante Anneli, er sollte euch alle gleich ins Bett stecken. Nachher komme ich und frage, ob ihrs auch ausgerichtet habt.

Widerwillig gingen die drei kleinen Mädchen davon; aber sie gingen doch, und Fräulein Schilling, die Schneiderin, seufzte hinter ihnen her.

Ja, Frau Professor, mit dieser Nachbarschaft ist es hier nicht schön, und ich ärgere mich, daß ich die älteste Schwester zum Nähen hatte. Jetzt hat sie auch die Masern und läßt mich sitzen. Sie ist gar kein nettes Mädchen, und daß sie immer Frau Pöpke in der Klinik besuchen darf, wundert uns alle. Aber Frau Pöpke — sie stockte und sah mich fragend an — die Frau Doktor lebt doch noch, setzte sie leiser hinzu. Und man kann es doch von dem Herrn Doktor nicht glauben. Das Kostüm kriegen Sie aber morgen ganz gewiß, wenn ich auch die ganze Nacht darum aufsitzen soll.

Mir war unheimlich zumute, und ich ging eilig nach Hause. Jetzt ging ich lieber nicht in die Klinik und freute mich, wie am Abend die gute Miß Mason kam und meine Erkundigung für mich übernehmen wollte. Doktor Roland ist leider verreist; der Minister, der neulich bei Monreals war, hat ihn in die Residenz bestellt. Seine Diagnose soll wieder einmal den Ausschlag geben. Aber Frau Pöpke muß sich doch auf ihre Pflicht besinnen.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 19. Juli 1908

(Die mazedonische Frage und die Weltlage)

Professor Karl Lamprecht hat jüngst in einer politischen Ansprache gesagt, in Marokko und Mazedonien liege die Entscheidung über unsre Zukunft. Diese Äußerung, die in solcher Form übrigens nur nach ihrem Sinn, nicht nach ihrem Wortlaut wiedergegeben ist, hat einen lebhaften Widerhall gefunden und damit freilich auch die Proteste politischer Flaumacher hervorgerufen. Beanstanden kann man den Anspruch aber nur auf Grund einer mißverständlichen Deutung, als ob in Marokko und Mazedonien deutsche Interessen in besonderm Maße direkt engagiert seien. Das würde natürlich eine Übertreibung sein, aber es kommt nicht auf die Bedeutung dieser Fragen an sich an, sondern darauf, was für eine Rolle sie als Mittel zum Zweck in der internationalen Politik spielen. Nichts konnte vor achtunddreißig Jahren dem deutschen Volke gleichgültiger sein als die Frage, wer künftig auf dem spanischen

Thron sitzen solle, und doch gab diese Frage den Anlaß zu dem größten und bedeutungsvollsten Kriege, den die deutschen Stämme in neuerer Zeit gemeinsam geführt haben. Dies geschah, weil eben die französische Politik die Angelegenheit als Handhabe zur Demütigung Preußens und in ihm des deutschen Volks benutzen wollte. Und so kann jede Frage, auf die sich das Interesse der Mächte vorübergehend konzentriert, unter Umständen zu schweren Konflikten führen, wenn eine oder die andre der beteiligten Mächte ihr Ansehen und ihr Gesamtinteresse auf diese Weise am besten zu wahren oder wiederherzustellen glaubt. Die Marokkofrage und die mazedonische Frage können unter Umständen einzelne der entscheidenden Mächte in Versuchung führen, das bestehende politische Gleichgewicht zu verschieben, und die Art, wie wir solchen Unternehmungen gegenüber unsere Stellung zu wahren wissen, muß allerdings entscheidend für unsere nächste Zukunft werden.

Wir wollen heute auf die zum mindesten recht unklare Lage in Marokko mit den seltsamen Widersprüchen zwischen den Maßregeln der französischen Regierung und ihren Erklärungen und Versicherungen nicht eingehn. Dagegen ist es vielleicht an der Zeit, die mazedonischen Angelegenheiten einer nähern Betrachtung zu unterziehen. Als in den Tagen der Revaler Zusammenkunft bekannt wurde, daß sich England und Rußland über die mazedonische Frage verständigt hätten, wirkte dies in mancher Hinsicht alarmierend. Denn England hatte nicht lange vorher — wohl unter der Einwirkung von Einflüssen, die vom englischen Balkan Komitee ausgingen — Vorschläge gemacht, die von den zwischen Rußland und Österreich-Ungarn vereinbarten Richtlinien recht erheblich abwichen. Die neue Verständigung zwischen Rußland und England mußte daher zunächst den Eindruck machen, als solle das sogenannte Münzsteiger Programm, die bisherige Grundlage des gemeinsamen Vorgehns von Österreich-Ungarn und Rußland, zerrissen werden und einer ganz neuen Balkanpolitik der europäischen Mächte Platz machen. Namentlich war die öffentliche Meinung in Österreich-Ungarn von der neuen Wendung der Dinge sehr unangenehm berührt.

In eingeweihten Kreisen sah man die Lage von Anfang an sehr viel kühler an. Man war eher geneigt, zu glauben, daß England seine Politik im nahen Orient mehr den russischen Wünschen angepaßt habe, als daß umgekehrt Rußland seine Interessen den frühern Vorschlägen Sir Edward Grey's geopfert habe. Inzwischen verständigten sich England und Rußland weiter über die Form ihres gemeinsamen Vorgehens. Es waren dabei mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden, und so einigte man sich zuletzt dahin, daß jede der beiden Mächte den Teil des Programms vertreten sollte, der ihre besondern Wünsche enthielt. England also legte seine Vorschläge vor, die zunächst nur die Unterdrückung des Bandenwesens in Mazedonien und der dadurch hervorgerufenen Wirren bezweckten. Die jedenfalls umfangreichern russischen Vorschläge sind noch nicht den andern Mächten unterbreitet worden, und deshalb ist es auch noch nicht möglich, über die englische Behandlung der mazedonischen Frage ein endgiltiges Urteil zu fällen. Immerhin hat es einen angenehmen Eindruck gemacht, daß die englische Politik ihre anfänglichen Wünsche hat fallen lassen und nichts gefordert hat, was nicht im Prinzip von sämtlichen Mächten und vor allem von der Pforte selbst angenommen werden könnte. Über Einzelfragen, die noch manche Schwierigkeiten in sich bergen, wird man sich verständigen können. England hat also von seiner Seite bis jetzt nichts getan, was die Einigkeit der Mächte einschließlich Österreich-Ungarns und Deutschlands zu stören brauchte. Aber es wird auch die russischen Vorschläge unterstützen, und noch weiß man nicht genau, wie weit diese gehn. Und deshalb ist die Lage, obwohl wahrscheinlich keine der beteiligten Mächte direkt friedensstörende Absichten hat, dennoch nicht ganz ungefährlich.

Das hängt vor allem mit der Eigenart der mazedonischen Verhältnisse selbst zusammen. Denn es handelt sich nicht um das Gebiet einer geschlossenen Nationalität, die, wie einst Serben und Bulgaren, nach Befreiung von einer drückenden Oberherrschaft strebt. Der Prozeß, durch den Serbien und Bulgarien allmählich aus dem Körper des osmanischen Reichs ausgelöst wurden, zeigte als treibendes Motiv den den Völkern innewohnenden Drang nach dem Selbstbestimmungsrecht. Mochten die unbeteiligten Mächte diesen Drang hoch oder gering einschätzen, mochten sie ihn billigen oder verwerfen, jedenfalls war ein Ziel da, über dessen Natur kein Zweifel sein konnte. Wenn die neuen Staaten, die durch die Abschüttlung des türkischen Jochs entstanden, nachher nicht den gehegten Erwartungen in der einen oder der andern Weise entsprachen, so ließ sich trotzdem nicht leugnen, daß das angestrebte Ziel der geschichtlichen Gerechtigkeit entsprach. Die Oberherrschaft des türkischen Padischahs, des Oberhauptes der sunnitischen Mohammedaner, über ein christliches Volk, das sich seiner nationalen Einheit bewußt geworden ist, hat etwas unnatürliches, und es war verständlich, daß die an den Schicksalen des nahen Orients interessierten Großmächte in den zur Lösung drängenden Streitfragen Gegner der Türkei waren.

Für die Führer der mazedonischen Bewegung lag es nahe, auf diese historischen Vorgänge gestützt, Europa in den Wahn zu versetzen, daß sich in Mazedonien dieselbe Entwicklung vollzöge wie in den schon von der Türkei völlig oder halb losgelösten Balkanländern. Eine solche Täuschung konnte freilich nicht überall und besonders nicht auf die Dauer glücken. Auf mazedonischem Boden haust eine bunte Mischung von allen möglichen Nationalitäten, neben christlichen Serben und Bulgaren andre Bestandteile derselben Nationen, die den mohammedanischen Glauben angenommen haben, ferner Griechen, Kugowalachen, Albanesen und Türken. Die Gegensätze der Nationalitäten und Bekenntnisse sind so schroff, daß nur eine starke, über allen Parteien stehende Autorität eine Gewähr für die Aufrechterhaltung erträglicher Zustände im Lande bieten kann. Wenn man also ernstlich von humanen Gesichtspunkten, mit andern Worten von dem Wunsch ausgeht, eine feste gesetzliche Ordnung in Mazedonien herzustellen und unmenschliche Greuelthaten an Leben und Eigentum aller Bewohner des Landes zu verhüten, so kann es nur einen Weg geben, nämlich die Stärkung der Autorität der Regierung, die schon von Rechts wegen die Gewalt besitzt, also der türkischen; denn jede aus der Bevölkerung selbst hervorgehende Gewalt muß in diesem Lande Partei sein.

Die deutsche Politik hat in dieser Frage von Anfang an auf dem soeben bezeichneten Standpunkt gestanden. Sie hat aus allgemein menschlichem Interesse und mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands im nahen Orient bei der Pforte freundschaftliche Vorstellungen in dem Sinne erhoben, der Sultan möge im eignen Interesse und aus eigner Initiative durch energische Maßnahmen den Landfrieden in Mazedonien wiederherstellen und durch Reformen künftigen Unruhen vorbeugen. Als sich Deutschland überzeugt hatte, daß Rußland und Österreich-Ungarn in Mürzsteg nichts vereinbart hatten, was die Autorität des Sultans in Mazedonien hätte verletzen können, sobald nur die türkische Regierung die nötigen Reformen ohne Vorbehalte und Hinterhalte selbst in die Hand nahm, hat unsre Politik ihren alten Grundsätzen gemäß den beiden nächstbeteiligten Mächten den Vortritt gelassen und sich begnügt, der Orientpolitik dieser beiden Mächte die Rückendeckung zu geben, zugleich aber auch in Konstantinopel selbst durch freundschaftlichen Rat auf ehrliche Durchführung geeigneter Reformen im Sinne des Mürzsteger Programms zu dringen.

Aber das dazu nötige Maß von Energie aufzuwenden, war die Pforte weder imstande noch willens, und so blieb auch die von den Mächten eingerichtete polizeiliche und administrative Kontrolle in Mazedonien völlig unwirksam. Denn in die

unerföhpflichen Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Bevölkerungselementen mischten sich schon längst, vielleicht sogar von Anfang an als treibendes Motiv die Begehrlichkeiten der benachbarten Balkanstaaten. Mazedonten, dessen slawische Bevölkerung aus Serben und Bulgaren gemischt ist — wobei übrigens das bulgarische Element das stärkere ist —, erscheint natürlich den großserbischen wie den großbulgarischen Träumen als begehrenswerter Besitz. Beide sehnen sich danach, ihr Gebiet bis zur Küste des Golfs von Saloniki zu erweitern, und in diesem Wettbewerb liegt ein weiterer Grund, weshalb die mazedonischen Slawen nie zur Einigkeit gelangen können, und die Zustände im Lande ein immer eiterndes Geschwür bleiben.

Das Eingreifen Englands und der erste Eindruck, als ob es in der Balkanpolitik Rußland von der Seite Österreich-Ungarns weglocken wolle, wirkten im ersten Augenblick darum so beruhigend, weil die ersten englischen Vorschläge offenbar von dem englischen Balkanomitee beeinflusst waren, dieses aber im Einverständnis mit den Serben und Bulgaren handelte und offen darauf ausging, eine Politik zu befürworten, deren letztes Ziel, kurz gesagt, die Beseitigung der Türkenherrschaft auf europäischem Boden überhaupt war. Daß dieses letzte Ziel in England sehr vielen Sympathien begegnet, ist für den Kenner der politischen Parteirichtung, die jetzt dort am Ruder ist, nicht gerade verwunderlich. Wenn Sir Edward Grey den Wünschen einer Gruppe, die für den Bestand der gegenwärtigen Regierung nicht ohne Bedeutung ist, in seiner Balkanpolitik nachgab, so wird ihm dieser Entschluß um so leichter geworden sein, als es der Richtung seiner allgemeinen Politik entsprach, sich Rußland so weit als möglich zu nähern. Und er mußte sich sagen, daß Rußland nach seiner ganzen Vergangenheit und den herrschenden volkstümlichen Vorstellungen durch eine Politik, die energisch für die Wünsche der Balkanvölker eintrat, keinesfalls zurückgeschreckt, sondern höchstens ermuntert werden konnte. In demselben Maße jedoch, als Rußland dem englischen Wunsche nach einer Verständigung und Beseitigung des frühern Gegensatzes entgegenkam, konnte auch England selbst in der Erhebung seiner eignen Forderungen zugunsten Mazedoniens bescheidner werden. England hat seinen größern politischen Zweck zunächst erreicht und sieht nun keinen Anlaß mehr, mit seinen Vorschlägen Beunruhigungen unter den europäischen Mächten zu erwecken und insbesondere Österreich-Ungarn mißtrauisch zu machen oder zurückzustoßen. Darin glauben wir die Erklärung für das maßvolle Vorgehn Englands in der mazedonischen Frage finden zu können. Wenn die russischen Vorschläge gleichfalls durch Maßhalten die Einigkeit der Mächte ermöglichen, wird sich aus dieser Frage vielleicht keine weitere Verwicklung ergeben.

Aber man erkennt schon aus diesen Ausführungen, wie weit die allgemeine europäische Politik in diese Sonderfrage hineinspielt. Und darin liegt der Grund für das besondere Interesse, das ihr gewidmet wird. Alle Mächte betrachten sie als einen Prüfstein für ihr Ansehen, für das Gewicht ihres Einflusses und für die Festigkeit ihrer Bündnisse; denn die Gestaltung der Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel kann schließlich keiner europäischen Großmacht ganz gleichgiltig sein.

Den regelmäßigen Lesern des Reichspegels ist bekannt, wie wir die englische Politik auffassen. Wir glauben nicht, daß sie von dem Gedanken ausgegangen ist, alle Mächte Europas zu einem großen Ring zur Niederhaltung Deutschlands zu vereinigen. Sie ist vielmehr aus einer nüchternen Betrachtung ihrer eignen Interessen heraus zu einem System der Bündnisse und Einverständnisse gelangt, weil die veränderte Weltlage, vor allem die jetzige Politik der Vereinigten Staaten von Amerika und das Emporsteigen Japans, das alte bewährte System, die europäischen Kontinentalmächte in Krieg oder Frieden untereinander zu beschäftigen und in Schach zu halten, während Großbritannien, durch keine Bündnisse beschwert, draußen im Weltmeer völlig freie Hand hatte, jetzt als

unwirksam und hochgefährlich erscheinen ließ. Aber die Furcht der Mächte, die England vorzugsweise brauchte, vor einer deutschen Hegemonie in Europa war so groß, daß die englischen Staatsmänner diese Furcht als taktisches Mittel, zu ihrem Ziel zu gelangen, gar nicht unbenutzt lassen konnten. Auch darf man ein andres Moment nicht unterschätzen, nämlich, daß ein gewisser „teutophober“ Anstrich der englischen Politik den leitenden britischen Staatsmännern insofern die Arbeit erleichterte, als ihre Politik dadurch in vielen Kreisen, und zwar gerade in den sonst grundsätzlich oppositionellen, an Volkstümmlichkeit gewann. Denn wir täuschen uns keineswegs darüber, daß einerseits die Bühlarbeit eines von internationalen Agenten und gewerbsmäßigen Deutschensressern dauernd in Atem gehaltenen Teils der englischen Presse, andererseits die durch mancherlei Eindrücke des Alltagslebens hervorgerufene und künstlich genährte Furcht der kleinen englischen Geschäftsleute und Arbeiter vor der deutschen Konkurrenz in dem sonst so duldsamen und phlegmatischen Durchschnittsengländer mit der Zeit ein Mißtrauen und ein Unbehagen gegen Deutschland großgezogen haben, das von der frühern naiven Selbstgefälligkeit und Unbekümmertheit seltsam abtricht. Diese Tatsache ist gewiß für das, was wir soeben den „teutophoben Anstrich“ der englischen Politik genannt haben, mitbestimmend. Wenn aber auf Grund dessen in unsrer deutschen Presse öfter behauptet wird, die wirtschaftliche Konkurrenz Deutschlands sei der Hauptgrund für die anscheinend deutschfeindliche Richtung der englischen Politik, so müssen wir freilich einschränkend dazu bemerken, daß sich die erwähnte Konkurrenzfurcht abgesehen von einigen systematisch in diesem Sinne bearbeiteten Kreisen auf die Stimmung beschränkt, die „den Mann auf der Straße“ — wie man in England jagt — beherrscht. Die große englische Handelswelt, die Hochfinanz, die Welthäuser und alle maßgebenden und gründlicher unterrichteten Geschäftskreise benutzen wohl gelegentlich den Hinweis auf die deutschen wirtschaftlichen Erfolge als Beispiel und als stimulans, aber sie wissen im Grunde sehr wohl, daß die wirtschaftliche Weltstellung Englands in absehbarer Zeit gar nicht zu erschüttern ist, oder vielmehr, daß nur eins sie erschüttern könnte: ein Krieg mit Deutschland. Es ist anzunehmen, daß Sir Edward Gray und seine Leute — und zu ihnen gesellt sich die große Zahl der besonnenen und gebildeten Engländer, die nicht nur die Chancen eines unnötig heraufbeschwornen Weltkrieges richtig berechnen, sondern auch wirkliche Sympathien für deutsche Arbeit und deutsches Geistesleben hegen — die Meinungen und Interessen jener maßgebenden englischen Geschäftskreise eher berücksichtigen werden als die unklaren Befürchtungen anderer Leute. Aber als geschickte Staatsmänner kleiden sie ihre Gedanken in eine Form, die auch dem Mann auf der Straße einleuchtet.

Bekannt ist die Wirkung, die die neueste Bündnis- und Vertragspolitik Englands auf unsre öffentliche Meinung ausgeübt hat. Aber diese an sich ja sehr erklärliche Wirkung, die durch das Verhalten der französischen Presse bedeutend verschärft wurde, gab den englischen Politikern neue Argumente an die Hand, um besonders gegenüber Frankreich und Rußland die Vorteile der Verständigung mit England in ein helles Licht zu rücken. Man nimmt die „Nervosität“ und die „Einkreisungsfurcht“ Deutschlands zum Beweise, daß unsre Interessen in der Tat dahingingen, daß wir andre Völker unberechtigterweise hindern wollten, ihre Interessen wahrzunehmen und sich zu diesem Zwecke miteinander zu verbinden. Diese Vereinbarungen seien aber gerade notwendig geworden, weil man den Anspruch Deutschlands, alle Mächte, die nicht unbedingt seiner Führung folgten, isoliert zu halten, als unerträglichen Druck empfinde.

Gegen solche Auffassungen zu polemisieren, lohnt eigentlich nicht der Mühe, denn sie können vielmehr als lehrreiches Beispiel dienen, wie die Tatsachen auf der

Schaubühne der Weltgeschichte von jedem Volk im Spiegel der eignen Interessen und Stimmungen beobachtet werden. Einem Deutschen aber braucht man nicht ausdrücklich zu sagen, daß sich unsre Kritik der rings um uns geschlossenen Bündnisse nicht auf diese selbst, sondern auf die Überzeugungen gründet, daß alle Hoffnungen, die nur irgendwo mit der Schwächung, der Niederlage und der Zerstückung Deutschlands rechnen, aus diesen Bündnissen Ermutigung schöpfen. Und wir können immerhin feststellen, daß wir für das Vorhandensein solcher Hoffnungen und ihren Zusammenhang mit der neuen englischen Bündnispolitik Beweise genug anführen können, während von der andern Seite für die Behauptung, Deutschland wolle durch Isolierung der Mächte einen unberechtigten Druck auf sie ausüben, kein einziger Tatsachenbeweis beigebracht werden kann. Denn in diesem Falle wäre unser Ziel durch eine aggressive Politik, zu der wir hundertfach die günstigste Gelegenheit gehabt haben, sehr viel leichter zu erreichen gewesen als durch die Friedenspolitik, die wir seit siebenunddreißig Jahren gewissenhaft durchgeführt haben.

Wir finden die soeben gekennzeichneten Ansichten über die Notwendigkeit der englischen Verständigungs politik ohne Deutschland unter anderm in einem Aufsatz des neuesten Heftes der *Fortnightly Review*, der übrigens seinen Standpunkt sehr geschickt und klar vertritt. Die Zeitschrift vertritt Kreise, die einem gewissen Mißtrauen gegen Deutschland stets sehr zugänglich gewesen sind; die Grundstimmung des Artikels verrät dementsprechend nicht allzu viel Wohlwollen. Aber die Behandlung der Frage des Einverständnisses zwischen Frankreich, England und Rußland ist in mancher andern Beziehung nicht weniger lehrreich. Es ist darin der Grundgedanke ausgeführt, daß nur die Ungeschicklichkeit, mit der das System Bismarcks — so nennt der englische Verfasser die Idee, daß sich Deutschland durch Isolierung der andern Mächte eine Hegemonie in Europa sichern solle — von seinen Nachfolgern fortgesetzt worden sei, die Schuld daran trage, wenn sich Deutschland jetzt seinerseits isoliert und benachteiligt fühle. Gewiß nicht ohne Absicht knüpft der Verfasser, der fast in jedem Abschnitt der Bewunderung für den eisernen Kanzler freien Lauf läßt, an einen Gedankengang an, der auch bei uns die politische Vorstellungswelt vieler Kreise beherrscht. Bismarcks Werk durch den nachfolgenden Kurs verpflückt! Das hört man ja auch bei uns oft genug. Nur dürfen wir nicht übersehen, daß diese Anschauung die große Gefahr in sich birgt, sich in der berechtigten Verehrung des unvergeßlichen großen Kanzlers zu verlieren und darüber das wirklich Neue in den Pflichten und den Aufgaben der Zeit zu übersehen. Vielleicht ist es ganz gut, daß uns einmal ein Engländer, der uns offenbar nicht wohlwoll, auf die Rehrseite dieser ihren Blick beständig rückwärts wendenden politischen Anschauungsweise zeigt. Indirekt wird in dem englischen Aufsatz ganz richtig zugegeben, daß das Deutsche Reich allerdings vor neuen Aufgaben stehe. Wenn übrigens ein Ausländer unter Berufung auf Bismarck beweisen will, wie notwendig es für die europäischen Mächte ist, Deutschland mißtrauisch zu beobachten, so ist es Zeit für uns, doppelte Aufmerksamkeit darauf zu verwenden, daß wir uns den Aufgaben, die die neue Lage uns stellt, durchaus gewachsen zeigen.

Wir erkennen aber in dieser vorsichtigen, scheinbar auf deutsche Urteile selbst gestützten Wertung der deutschen Politik von englischer Seite zugleich das Bestreben, den Bogen nicht zu überspannen. Allerdings ist die Tendenz der englischen Politik, zwar Deutschland im Rat der Mächte so weit wie möglich matt zu setzen, aber es nicht zu einer kriegerischen Verwicklung zu treiben. Der Verfasser sagt geradezu: Wenn Deutschland nicht den Frieden bricht, wird er überhaupt nicht gebrochen werden. Ob das in dieser scharfen Zuspitzung richtig ist, kann nur die Zukunft zeigen. Aber man wird dieses englische Urteil nicht ohne weiteres für unehrlich halten dürfen. Der englische Politiker von geschultem Urteil und

historischer Bildung weiß in der Tat die Bedeutung des Umstandes, daß im Herzen Europas jetzt eine festgefügte, kriegsbereite und doch friedfertige germanische Macht besteht, auch für England durchaus zu schätzen. England wird das Unbehagen unsrer östlichen und westlichen Nachbarn benutzen, diese seinen Wünschen gefügig zu machen, aber es wird sich hüten, Frankreich und Rußland zu helfen, daß sie sich durch Zertrümmerung oder Schwächung der kontinentalen Zentralmacht selbst wieder zu gefährlichen und nicht mehr gefügigen Konkurrenten Englands auswachsen. Das wird auch auf die Behandlung der orientalischen Frage nicht ohne Einfluß sein. Vielleicht sind wir bald in der Lage, auch die Stellung Rußlands genauer zu übersehen.

Der Einfluß der Konjunkturschwankungen auf das Steuersystem. Wenn man die steuerpolitischen Diskussionen verfolgt, die bei der bevorstehenden Reichsfinanzreform in den letzten Monaten durch die deutsche Presse gegangen sind, so kann man sich der Befürchtung nicht ganz erwehren, daß sich der Widerstreit der Meinungen einseitig auf bestimmte Probleme zuspitzt und dabei eine Reihe anderer, für die Wiederherstellung unsrer Finanzen mindestens so wichtiger Tatsachen übersieht. Mit der Frage, ob direkte oder indirekte Steuern die Bevölkerung schwerer belasten, ist es wahrlich doch nicht getan, insbesondre für den, der die Situation vom Standpunkt der Gesamtheit aus betrachtet. Es genügt nämlich nicht, daß ein Staat hohe Einnahmen hat, sondern es ist weiter auch darauf zu achten, daß sich diese Einnahmen mit dem jeweiligen Staatsbedarf in einer gewissen Übereinstimmung befinden.

Die Staatsausgaben sind ja im allgemeinen dauernder Natur. Der Staatsbedarf in seinen wichtigsten Teilen — man denke nur an die Beamtenbesoldung — ist dauernd fixiert. Selbst die außerordentlichen Ausgaben bleiben im ganzen in einer Linie verhältnismäßiger Gleichmäßigkeit; sie zeigen entsprechend der organischen Entwicklung des Staats eine gewisse ständige Steigerung. Es kommt äußerst selten vor, daß ein Jahr einen grundsätzlich geringern Bedarf aufweist als das vorangegangene. Sind die Ausgaben aber regelmäßig, dauernd, so ist es vom Standpunkt des Staatshaushalts aus in hohem Maße wünschenswert, daß sich auch die Staatseinnahmen einer gewissen Stetigkeit, einer ruhigen Fortentwicklung erfreuen. Wie jeder Privathaushalt, so muß auch das Staatsbudget unter allen Umständen in Unordnung geraten, wenn einem Jahr mit hohen Einnahmen bei gleichbleibenden Ausgaben ein andres Jahr mit geringen Einnahmen folgt. So betrachtet erscheinen die einzelnen Einnahmequellen des Staats in ganz anderm Lichte, als wenn man sie nur prüft unter dem Gesichtspunkt der Steuerbelastung des einzelnen.

Interessant ist für diese Frage insbesondre der preußische Staatshaushalt. Zu einem ganz wesentlichen Teil beruht er auf Einnahmen, die ihrer Natur nach schwankend sind, nämlich auf den Überschüssen der Eisenbahn und sodann der staatlichen Einkommensteuer. Die Schwankungen dieser sind bisher nicht übermäßig in die Erscheinung getreten, weil sich Deutschland seit der Durchführung der Miquelschen Steuerreform im wesentlichen in einer Periode ständigen, nur kurz unterbrochenen wirtschaftlichen Aufschwungs befunden und daher auch die Einkommensteuer, bei der die Ungleichheiten durch die Zugrundelegung von drei Jahresdurchschnitten des Erwerbseinkommens ausgeglichen werden, eine fast ständig wachsende Tendenz gezeigt hat. Sollte einmal aber eine Depression wider Erwarten und Hoffen längere Zeit andauern, so würden sich auch in Preußen diese Nachteile einer ausschließlich auf dem Volkswohlstand basierten Einnahmequelle herausstellen.

Was für die Einkommensteuer nur zu befürchten ist, das ist bei den ein Drittel aller Einnahmen Preußens betragenden Überschüssen der Eisenbahn bereits

wiederholt und gerade jetzt Wirklichkeit geworden. Wenn die Eisenbahnen nicht zur Deckung des allgemeinen Staatsbedarfs jährlich über 200 Millionen beitrügen, so würde es in keiner Weise instande sein, seinen Bedarf zu decken. Diese sind aber nun, wie die Erfahrungen insbesondere des letzten Jahres gezeigt haben, überaus schwankender Natur, weil sie von der jeweiligen wirtschaftlichen Konjunktur in hohem Maße abhängig sind. Es bedarf keiner besondern Hervorhebung, daß die starke Steigerung des Verkehrs, die Perioden wirtschaftlichen Aufschwunges mit sich bringen, ihren unmittelbaren Ausdruck in den Einnahmen aus den Eisenbahnen findet. Wenn nun umgekehrt durch ein Jahr wirtschaftlichen Rückgangs eine solche zweifellose Störung des Staatshaushalts eintritt, wie dies die lebhaften Erörterungen des preussischen Abgeordnetenhauses bei den letzten Etatsverhandlungen gezeigt haben, so ist dies ein Beweis, daß es sich jeder Staat zweimal überlegen muß, bevor er seine Finanzen ausschließlich auf derartige, von wirtschaftlichen Konjunkturen abhängige Einnahmequellen stellt.

Das Reich besitzt bekanntlich an solchen unmittelbar durch das Auf und Ab des wirtschaftlichen Lebens bedingten Einnahmen nur verhältnismäßig wenige. Man kann hierzu die Reichsstempelabgaben rechnen, da die Umsätze, von denen hier die Steuer erhoben wird, ihrerseits von der Intensität des Geschäftsverkehrs in wesentlichen Punkten abhängen. Die ganze Masse der übrigen Steuern und Zölle ist zwar nicht gänzlich unabhängig von den augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnissen, aber doch in weit höherem Maße feststehend oder durch andre Dinge beeinflusst als gerade Konjunkturen. Insbesondere sind die Getreidezölle ein interessantes Gegenstück zu den oben besprochenen Eisenbahnüberschüssen. Sie betragen

im Jahre 1898	148	Millionen
" "	1899	128
" "	1901	159
" "	1904	145
" "	1905	181

Die Schwankungen sind aber natürlich nicht beeinflusst durch die Konjunktur, sondern ausschließlich durch die Ernte, die im Inland stattgefunden hat. Eine gute ergiebige Ernte drückt die Erträge der Getreidezölle hinunter; eine schlechte, unergiebige läßt sie empor schnellen. Das bedeutet keineswegs, daß sich die staatlichen Einnahmen und der Wohlstand der ländlichen Bevölkerung gegenseitig beeinflussen, denn eine ergiebige Ernte braucht ja noch keineswegs gute Preise mit sich zu bringen.

Dagegen weist die Einnahmestala des Reichs eine Reihe anderer Posten auf, die von dem Gang der Konjunktur wie auch von den heimischen Produktionsverhältnissen in hohem Maße unabhängig sind, ja überhaupt von dem Auf und Ab des wirtschaftlichen Lebens fast unberührt erscheinen. Hierzu gehört vor allem die Tabaksteuer. Sie überschritt

im Jahrfünft 1890/95	nicht 11 $\frac{1}{2}$ Millionen und sank auch nicht unter 10 918 000,
" "	1895/00 sind die Extreme: 10 906 000 und 12 945 000,
" "	1900/05 ist das Minimum 10 952 000, das Maximum 12 296 000,

also im ganzen sehr geringe Unterschiede.

Noch schärfer tritt die Stetigkeit bei der Salzsteuer hervor, die darum jedoch noch keineswegs als volkswirtschaftliches Ideal hingestellt werden soll. Hier übersteigen in dem angegebenen Zeitraum bei einem Gesamtertrag von 40 bis 54 Millionen die Schwankungen von Jahr zu Jahr fast niemals eine Million.

Auch die Brausteuer verhält sich äußerst gleichmäßig. Zwischen 1898 und 1905 steht das Minimum auf 29 116 000, das Maximum auf 31 478 000.

Mag man nun über die bezeichneten Steuern denken, wie man will, zweifellos dürfte sein, daß sie für den Staatshaushalt in hohem Grade nützlich erscheinen. Man wird solche Gesichtspunkte bei einer Neuordnung unsers Reichsfinanzwesens nicht ganz außer acht lassen dürfen. Bei dem engen Zusammenhang, der durch das Medium der Matrikularbeiträge zwischen Reich und Einzelstaaten besteht, wird man entschieden Bedenken tragen müssen, die Vermehrung der Reichseinnahmen überwiegend auf Wegen zu suchen, die zu weiterer Abhängigkeit von den Konjunkturschwankungen führen. Liegt die Sache so, daß große Bundesstaaten mit eignen Eisenbahnen und ausgebildetem Steuersystem schon für die Ausgestaltung ihres Staatshaushalts in hohem Maße den Konjunkturschwankungen unterworfen sind, so muß es entschiedne Bedenken erwecken, nun auch das Reich noch in ähnlicher Weise durch Einführung direkter Reichseinkommen- und Vermögenssteuer von den Wellenbewegungen des Wirtschaftslebens abhängig zu machen. Man wird vielmehr auch aus diesem Grunde danach trachten müssen, die Einnahmenvergrößerung in einer Weise vorzunehmen, die eine Ständigkeit der Einnahmen und damit die Sicherung einer Balancierung des Etats bedeutet.

Von diesem Standpunkt erscheinen die eingangs erwähnten Gegensätze zwischen direkten und indirekten Steuern in einem ganz andern Lichte.

Um etwaigen Mißverständnissen vorzubeugen, sei nur noch darauf hingewiesen, daß die hier erörterte Frage der Abhängigkeit zwischen Staatsfinanzen und Konjunkturen in keiner Weise zu verwechseln ist mit der andern Frage, ob es sich empfiehlt, eine sogenannte bewegliche Steuer im Staatshaushalt einzusetzen. Dabei handelt es sich um die Möglichkeit, je nach dem Maß hinzukommender Ausgaben den Bedarf durch verschiedene Festsetzung der Steuerätze auszugleichen und nicht, wie bei den Eisenbahnüberschüssen, um ungewollte Schwankungen der Erträge. Man kann sich sehr wohl ein Steuersystem denken, bei dem die Einnahmen auf festen, von der Konjunktur nicht berührten Unterlagen beruhen und doch sogenannte bewegliche Steuern eingeführt werden.

Mangel an Nationalbewußtsein. Bei einem etwa zwanzig Minuten dauernden Gange durch die Stadt Leipzig gab ich mir die Mühe, die Damen- und Herrenstrophüte zu zählen, die als Schmuck des Hutbandes eine aufgenähte kleine bunte Flagge trugen. Es waren im ganzen 38, darunter 35 Damen- und 3 Herrenhüte. Nun kann man ja über die Berechtigung eines bunten Fähnchens als Hutschmuck verschiedner Ansicht sein, gibt man diese Berechtigung aber zu, so sollte man doch zum wenigsten erwarten, daß deutsche Frauen, Mädchen und Männer die deutschen Farben trügen. Welche Flaggen waren jedoch vertreten? Eine — sage und schreibe eine! — deutsche, 2 japanische, 2 nichtssagende Phantasiafahnen, 14 englische und 19 amerikanische! Braucht man sich da noch zu wundern, wenn sich die Ausländer über unsre Latatengefinnung lustig machen? Aber der Deutsche scheint sich nur wohl zu fühlen, wenn er seine Erbärmlichkeit in allen nationalen Dingen recht offen zur Schau stellen kann, und die Hutfabrikanten wissen schon, weshalb sie dem deutschen Publikum Hutbänder mit englischen und amerikanischen Flaggen bieten. Ich möchte einmal den Engländer oder die Amerikanerin sehen, denen ihr Lieferant in London oder Newyork Hüte mit der deutschen Flagge vorzulegen sich erdreistete. Sie würden ihm schön heimleuchten. Aber der deutsche Michel samt Frau Gemahlin und Fräulein Tochter ist ja überglücklich, wenn er seine Nationalität verleugnen, beim Tennisspiel ein bißchen englisch radebrechen und — seinen Hut mit den Farben der Nation „schmücken“ kann, über die er noch vor ein paar Jahren in so töricht-taktloser Weise zu schimpfen für nötig hielt. Was uns fehlt, ist die nationale Kinderstube!

J. R. H.

